

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Finanzausschuss**

41. Sitzung

am Donnerstag, dem 7. September 2006, 10:00 Uhr,  
in Sitzungszimmer 138 des Landtages

### **Anwesende Abgeordnete**

Günter Neugebauer (SPD)

Johannes Callsen (CDU)

Tobias Koch (CDU)

Jens-Christian Magnussen (CDU)

Frank Sauter (CDU)

Holger Astrup (SPD)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Anna Schlosser-Keichel (SPD)

Wolfgang Kubicki (FDP)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vorsitzender

in Vertretung von Hans-Jörn Arp

### **Entschuldigt fehlende Abgeordnete**

Peter Sönnichsen (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Veräußerung des Bissen-Geheges, Forstamt Trittau</b>	<b>4</b>
Vorlage des Finanzministeriums Umdruck 16/1059	
<b>2. Weihnachtsbeihilfe für Heimbewohner</b>	<b>5</b>
Vorlage des Sozialministeriums Umdruck 16/947	
<b>3. Bericht des Sozialministeriums über die Auszahlung der pauschalen Fördermittel nach § 8 AG-KHG</b>	<b>7</b>
hier: Zinserträge nicht verausgabter Pauschalmittel	
Vorlage des Sozialministeriums Umdruck 16/964	
<b>4. Entlastung des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein für das Haushaltsjahr 2004 gemäß § 101 LHO</b>	<b>8</b>
Schreiben des Präsidenten des Landesrechnungshofs Umdruck 16/990	
<b>5. Information/Kennntnisnahme</b>	<b>9</b>
<b>6. Verschiedenes</b>	<b>10</b>

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

### **Veräußerung des Bissen-Geheges, Forstamt Trittau**

Vorlage des Finanzministeriums  
Umdruck 16/1059

Abg. Heinold erklärt, sie werde der Veräußerung nicht zustimmen, weil es sich um ein ökologisch wertvolles Areal handele, das als Natura-2000-Gebiet gemeldet und registriert sei.

RL Böhling weist darauf hin, dass die naturschutzrechtlichen Belange durch den Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages abgesichert würden, den man dem Finanzausschuss zukommen lassen werde. Der Käufer, der die Waldfläche zur Besitzarrondierung erwerbe, zahle einen außergewöhnlich hohen Preis.

Mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der FDP stimmt der Finanzausschuss der mit Umdruck 16/1059 beantragten Veräußerung zu.

Punkt 2 der Tagesordnung:

### **Weihnachtsbeihilfe für Heimbewohner**

Vorlage des Sozialministeriums  
Umdruck 16/947

Auf Fragen von Abg. Heinold erklärt St Dr. Körner die Deckung zur Finanzierung der Weihnachtsbeihilfe bei den Schuldendiensthilfen mit Zinseinsparungen und Verzögerungen beim Mittelabruf. Die Kosten für Früherkennungsuntersuchungen auf Stoffwechselerkrankungen bei Neugeborenen trügen jetzt die Krankenkassen.

P Dr. Altmann vertritt die Auffassung, dass das Sozialgesetzbuch XII keine Rechtsgrundlage für die Gewährung einer Weihnachtsbeihilfe für Heimbewohner biete und dass sich das Land angesichts der Haushaltslage solche Wohltaten nicht leisten könne.

St Dr. Körner bezieht sich auf den Beschluss des Landtages vom 16. Dezember 2005, Drucksache 16/426:

- „1. Der Schleswig-Holsteinische Landtag begrüßt die Initiative der Sozialministerin des Landes Schleswig-Holstein, auch im Jahr 2005 das Weihnachtsgeld für Pflegebedürftige auszuzahlen.
2. Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene für eine Regelung einzusetzen, Änderungen im Rahmen der Reform des SGB XII vorzunehmen, die wieder zu einer generellen Auszahlung des Weihnachtsgeldes für Pflegebedürftige in stationären Einrichtungen führt.“

Die Landesregierung sei entsprechend dieses Auftrages bei der Bundesregierung, den Bundestagsfraktionen und den Ländern tätig geworden. Heute befasse sich der Sozialausschuss des Bundesrates mit einem Antrag des Landes Niedersachsen zur Reform des SGB XII und zur Weihnachtsbeihilfe.

Der Finanzausschuss beschließt, das Beratungsergebnis des Bundesratsausschusses abzuwarten und die Thematik in der nächsten Sitzung, am 21. September 2006, weiterberaten.

Abg. Kubicki - unterstützt von den Abgeordneten Sauter und Koch - legt Wert darauf, dass sich Schleswig-Holstein keine Insellösung leiste und das Sozialministerium nicht Fakten schaffe und das Parlament wie im letzten Jahr wieder vor vollendete Tatsachen stelle. Es könne nicht angehen, dass die Landesregierung den Beamten das Weihnachtsgeld streiche, aber den Heimbewohnern ohne gesetzliche Notwendigkeit eine Weihnachtsbeihilfe gewähre. Angesichts der Verschuldung des Landes könne man keine sozialen Wohltaten mehr verteilen, sondern müsse in allen Bereichen ernsthaft sparen.

St Dr. Körner teilt mit, dass die Haltung der Länder nach wie vor uneinheitlich sei und Niedersachsen, Hamburg, Rheinland-Pfalz, Saarland, Berlin und Brandenburg eine Weihnachtsbeihilfe für Heimbewohner gewährten.

Abg. Herdejürgen thematisiert die Tatsache, dass nur Pflegebedürftigen im stationären Bereich und nicht im ambulanten Bereich eine Weihnachtsbeihilfe gezahlt werde.

St Dr. Körner macht noch einmal darauf aufmerksam, dass es hinsichtlich der Gewährung der Weihnachtsbeihilfe für Heimbewohner eine uneinheitliche Rechtslage beziehungsweise Rechtsauslegung gebe. Das Sozialministerium vertrete die Rechtsposition, dass die Auszahlung einer Weihnachtsbeihilfe für Heimbewohner gerechtfertigt und aufgrund der relativen Schlechterstellung des stationären Bereichs geboten sei. Er gehe davon aus, dass der Bundesrat über eine SGB-XII-Novelle eine einheitliche Position schaffen werde. Man werde den Finanzausschuss zeitnah über die Ergebnisse der Bundesratssitzung unterrichten.

St Dr. Wulff teilt mit, das Finanzministerium komme zu dem Ergebnis, dass ein Rechtsanspruch auf die Gewährung einer Weihnachtsbeihilfe für Heimbewohner nicht bestehe. Innerhalb der Landesregierung gebe es keine einheitliche Rechtsauffassung zu dieser Frage. Sollte der Versuch des Bundesrats scheitern und es nicht zu einer Einigung der Länder kommen, müsse der Landtag eine Entscheidung treffen, bei der die Finanzlage des Landes im Vordergrund stehen sollte.

St Dr. Körner sagt abschließend zu, die Entscheidung des Gesetzgebers abzuwarten und nicht durch Verwaltungshandeln vorwegzunehmen.

Der Finanzausschuss wird seine Beratungen zu diesem Thema am 21. September 2006 fortsetzen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Bericht des Sozialministeriums über die Auszahlung der pauschalen Fördermittel nach § 8 AG-KHG  
hier: Zinserträge nicht verausgabter Pauschalmittel**

Vorlage des Sozialministeriums  
Umdruck 16/964

Der Finanzausschuss stellt die Entscheidung, in welcher Höhe die Zinserträge aus der Anlage von thesaurierten Pauschalmitteln vom Krankenhausträger abzuführen seien, bis Oktober 2006 zurück, um die Ergebnisse einer vom Sozialministerium bei den Krankenhäusern gestarteten Umfrage berücksichtigen zu können. Finanzausschuss, Landesregierung und Landesrechnungshof sind sich einig, dass die einmalige Auszahlung der Fördermittel zum 30. September am wirtschaftlichsten sei.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Entlastung des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein für das Haushaltsjahr 2004 gemäß § 101 LHO**

Schreiben des Präsidenten des Landesrechnungshofs  
Umdruck 16/990

Einstimmig empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, dem Landesrechnungshof für das Haushaltsjahr 2004 Entlastung zu erteilen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**Information/Kenntnisnahme**

Umdruck 16/1057 - Küchenbetrieb der Polizei in Eutin

Umdruck 16/1082 - Über- und außerplanmäßige Ausgaben II/2006

Umdruck 16/1084 - Bundesmodellprogramm „Erfahrungswissen für Initiativen“

Umdruck 16/1086 - Gebührenfinanzierung des ULD

Der Ausschuss nimmt die aufgeführten Umdrucke zur Kenntnis.

Zu Umdruck 16/1086 - Gebührenerhebung durch das Unabhängige Landeszentrum für Datenschutz - beschließt der Ausschuss, die Vereinigung der Industrie- und Handelskammern Schleswig-Holstein um eine Stellungnahme zu bitten.

Punkt 6 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

Der Finanzausschuss mahnt die Vorlage der ungeschwärzten Gutachten zur AKN durch das Wirtschaftsministerium an.

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, schließt die Sitzung um 11:00 Uhr.

gez. Günter Neugebauer

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer